

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

46. Sitzung
28. November 2024

Beginn: 14.08 Uhr
Schluss: 17.38 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Herrn Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „Hält der Senat daran fest, dass ein Drittel der Projektmittelförderung, also 850.000 Euro, der Landeszentrale für politische Bildung gestrichen werden soll?“
(Fraktion Die Linke)

- „Welche Maßnahmen ergreift die Bildungssenatorin angesichts der kürzlich vorgestellten Ergebnisse der Studie der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Universität Göttingen, dass Berlins Lehrkräfte durch ihre Arbeit stark belastet und einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind und wie will sie der Fürsorgepflicht als Arbeitgeberin gerecht werden?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- „Nach dem kurzfristigen Stopp der Genehmigung von Klassenfahrten aufgrund des Haushaltsrundschreibens der Finanzverwaltung Anfang Oktober ist nun offenbar klar, dass es keine Kürzungen der für Klassenreisen vorgesehenen Mittel im Haushaltsplan 2025 geben soll. Deshalb frage ich den Senat: Zu welchem Stichtag können Klassenfahrten wieder wie gewohnt beantragt und genehmigt werden?“
(Fraktion der SPD)
- „Welche ‚Sonderprogramme für schwierige Schüler‘, wie sie die Senatorin nach ihrem Besuch an der Friedrich-Bergius-Schule angekündigt hat, sind geplant, um der (Zitat Brandbrief) ‚bedrohlichen Gewaltbereitschaft und verbalen Übergriffe‘ vor allem der männlichen Schüler und der ‚massiven Verhaltensauffälligkeiten und des ungebührlichen, asozialen Unterrichtsverhaltens‘ Herr zu werden und welche Rolle spielt dabei noch das Konzept des ehemaligen Schulleiters Rudolph?“
(AfD-Fraktion)
- „Am Montag war die Senatorin an der Friedrich-Bergius-Schule zu einem Gespräch vor Ort. Dieses Gespräch wird gut verlaufen sein. Ich frage: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie umzusetzen?“
(Fraktion der CDU)

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) beantwortet diese sowie mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) berichten (zu den Berichten im Einzelnen siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe.

Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Weiß (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Weiß (AfD) mit der Kandidatur fest.

Herr Abg. Weiß (AfD) beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.
- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.
- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.
- Die Schriftführerin, Frau Abg. Wojahn (Bündnis 90/Die Grünen), werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.
- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.
- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.
- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.
- Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der wahlberechtigten, anwesenden Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), und die Schriftführerin, Frau Abg. Wojahn (Bündnis 90/Die Grünen), nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 23 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es lägen 21 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Weiß (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0268](#)
BildJugFam
Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im Haushalt für Bildung, Jugend, Familie 2024/25
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0225](#)
BildJugFam
Geplante Kürzungen im EP 10 zur Umsetzung der Sparvorgabe durch die Pauschale Minderausgabe (PMA) und Konsequenzen für die Bereiche Bildung, Jugend und Familie im Haushaltjahr 2024
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0284](#)
BildJugFam
Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im Haushalt für Bildung, Jugend und Familie 2025
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) der Tagesordnung für die Antrag stellenden Fraktionen.

Herr Abg. Krüger (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) der Tagesordnung für die Antrag stellenden Fraktionen.

Frau Abg. Khalatbari (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 c) der Tagesordnung für die Antrag stellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) erneut Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung zu den Punkten 3 a) , 3 b) und 3 c) der Tagesordnung zu vertagen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Sozial gerechte Finanzierung von Schulen in freier
Trägerschaft**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0169](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesen Punkten eine Anhörung durchgeführt werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) und Herr Abg. Bocian (CDU) begründen den Besprechungsbedarf.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Prof. Dr. Marcel Helbig, Arbeitsbereichsleiter „Strukturen und Systeme“, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V.,
- Herr Frank Olie, Vorstandsvorsitzender Pädagogischer Vorstand, Evangelische Schulstiftung in der EKBO,
- Herr Andreas Wegener, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Berlin (AGFS Berlin),
- Herr Torsten Wischnewski, Referent Schule und Schulbezogene Jugendhilfe, Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.,
- Herr Prof. Dr. Michael Wrase, Leiter der Forschungsgruppe „Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten“, WZB - Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH.

Herr Prof. Helbig und Herr Prof. Wrase nehmen digital an der Sitzung teil.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Punkt 4 der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 19/0194

**Vollkostenmodell für die freien Schulen und faire
Teilhabe an allen Landesförderprogrammen,
Wartefrist verkürzen und nachträgliche
Kostenbeteiligung nach erfolgreicher Wartefrist –
Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes**

[0050](#)

BildJugFam

Haupt

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass dem Ausschuss die Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II vorliege.

Auf die Begründung des Antrags wird verzichtet.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 19/0194 wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (47.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 12. Dezember 2024, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari

Tonka Wojahn